Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7535**

14. Wahlperiode 20. 11. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/6839 –

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 14/6830, 14/6835 –

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium zum Einsammeln und Zerstören der Waffen, die durch die ethnisch albanischen bewaffneten Gruppen freiwillig abgegeben werden

A. Problem

Erstmals kam bei dem auf gemeinsame Vermittlung der Vereinten Nationen, OSZE, EU, NATO und der USA herbeigeführten Rahmenabkommen von Ohrid vom 13. August dieses Jahres der EU durch ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eine Schlüsselrolle beim aktiven Krisenmanagement in Südosteuropa zu. Die Umsetzung des Abkommens von Ohrid ist die Voraussetzung dafür, eine Eskalation des Bürgerkrieges zu verhindern. Für die längerfristige Friedenssicherung, Demokratisierung und politische sowie wirtschaftliche Stabilisierung Mazedoniens und der Region ist dies jedoch nicht ausreichend. Hierfür bedarf es eines umfassenden politischen und wirtschaftlichen Stabilisierungskonzeptes für Mazedonien wie auch einer langfristig angelegten politischen und wirtschaftlichen Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und Südosteuropa.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 14/6839.

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/6839 abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2001

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Christian Schmidt (Fürth)
Berichterstatter

Dr. Helmut Lippelt
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Christian Schmidt (Fürth), Dr. Helmut Lippelt, Ulrich Irmer und Wolfgang Gehrcke

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 14/6839 in seiner 184. Sitzung am 29. August 2001 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend, an den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie an den Haushaltsauschuss zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 87. Sitzung am 18. Oktober 2001 einvernehmlich beschlossen, auf eine Mitberatung zu verzichten.

Der **Verteidigungsausschuss** betrachtet den Entschließungsantrag wegen Zeitablaufs als erledigt, hat ihn in seiner 86. Sitzung am 17. Oktober 2001 dennoch beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Entschließungsantrag in seiner 70. Sitzung am 10. Oktober 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktionen der FDP und PDS die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Entschließungsantrag in seiner 66. Sitzung am 10. Oktober 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 10. Oktober 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 81. Sitzung am 10. Oktober 2001 den Entschließungsantrag beraten. Er empfiehlt dem Plenum vorbehaltlich der Votierungen durch den Haushaltsausschuss und den Verteidigungsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung.

Berlin, den 10. Oktober 2001

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Christian Schmidt (Fürth)
Berichterstatter

Dr. Helmut Lippelt
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333